

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 51 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 5. Juli 1950

Seite 1

C b Landesparteien

Erster Parteitag der CDU Hamburg

Im Bewußtsein ihrer politischen Kraft und ihrer politischen Verpflichtung hat die Hamburger CDU mit dem ersten Parteitag den Schritt in die große Öffentlichkeit getan und damit nicht nur im „roten Hamburg“, sondern in ganz Westdeutschland zu erkennen gegeben, daß sie als politischer Faktor gewertet sein will. Diese aktionsfreudige Zuversicht und die innere Verbundenheit mit der gesamten Christlich-Demokratischen Union hat dem ersten Parteitag der Hamburger CDU eine weit über den engeren Rahmen hinausreichende Bedeutung gegeben.

Schon die Eröffnungsansprache des Landesvorsitzenden, MdB Scharnberg, ließ die geistige Grundhaltung und die politische Zielsetzung klar erkennen: Abwendung vom Materialismus und Hinwendung zu Gott sind heute wie vor fünf Jahren die Grundforderungen der CDU. Auch die Gefahr aus dem Osten kann diese Grundpfeiler nicht erschüttern. Die Wahlen von Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, daß es einen Sinn hat, auch in Hamburg für diese Ideale zu kämpfen.

MdB Dr. Bucerius knüpfte an die Begrüßungsrede des Berliner Landesverbandsvorsitzenden Dr. Schreiber an, der auf die engen Beziehungen der beiden Weltstädte hingewiesen hatte. Für die Hamburger CDU und für die Bundestagsfraktion ist es, so betonte Dr. Bucerius, ein Gebot der nationalen Selbstverständlichkeit, daß Berlin jede moralische und materielle Hilfe in seinem schweren Existenzkampf gewährt wird. Auch Dr. Bucerius würdigte den Wahlerfolg von Nordrhein-Westfalen, der erneut den Unsinn widerlegt habe, die CDU sei eine besitzbürgerliche Partei. Die vielfältigen Aufgaben der früheren konfessionell gespaltenen Parteien können heute nur von einer großen christlichen Volkspartei gelöst werden, die alle Stände und Berufe umfaßt. Zur SPD gewandt, bedauerte Dr. Bucerius, daß die Oppositionspartei die Organisation höher bewerte als den Menschen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab Dr. Bucerius einen Aufriß der von der Bundestagsfraktion geleisteten Arbeit, die in der sozialen Marktwirtschaft eine tragfähige Grundlage hat. Er forderte Arbeitsplätze für die Jugendlichen und eine schulische Erziehung, die den Kindern im frühen Alter einen Begriff vom Wert der demokratischen Einrichtungen vermittelt. Das Mitbestimmungsrecht dürfe nicht zu einer Erstarrung der Wirtschaft führen. Auf das Verhältnis zum deutschen Osten eingehend betonte Dr. Bucerius, daß der Eintritt in den Europarat niemals einen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeute. Vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen verlangte er die Vorlage eines Programms, dessen Ziel es sein muß, die Menschen der Ostzone innerlich an den Westen zu binden. Die Einladung an Jugendliche zu Ferienaufenthalten bietet der breitesten Öffentlichkeit die Möglichkeit, zum Gelingen eines solchen Programms beizutragen. Mit einem Appell zum entschlossenen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Flüchtlingselend schloß Dr. Bucerius seine Ausführungen.

Der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion der Hamburger CDU, Erik Blumenfeld, machte die Politik der Stadt Hamburg zum Gegenstand seiner Darlegungen, die zugleich als ein Rechenschaftsbericht der Fraktion zu werten waren. Er unterstrich den Willen der CDU zu einer loyalen Opposition, die allerdings durch die parteipolitische Tätigkeit des Hamburger Senats vielfach erschwert wird. Einer scharfen Kritik unterzog Blumenfeld die von der SPD durchgepeitschte Schulreform, die geplante Verstaatlichung der Hamburger Hochbahn-AG und der Hamburger Elektrizitätswerke, sowie

das Wohnraum- und Arbeitsbeschaffungsprogramm des Hamburger Senats. Restlose Aufklärung verlangte der Sprecher über die Verwendung der auch von der CDU bewilligten 130 Millionen DM; erst dann werde sich erweisen, ob die Annahme unberechtigt sei, daß ein Teil dieser Gelder für die Wahlen zum Bundestag und zur Hamburger Bürgerschaft verwendet worden sei. Dem Senat wurde weiter zum Vorwurf gemacht, daß er durch seine Ueberheblichkeit eine gewisse Benachteiligung Hamburgs durch die Bundeshauptstadt verschuldet habe. An die Bundesregierung richtete Blumenfeld die dringende Bitte, sich nachdrücklich für die lebenswichtigen Interessen Hamburgs einzusetzen.

In der Aussprache rief die Bürgerschaftsabgeordnete Fräulein Kesting die Frauen nochmals zur Mitarbeit und vor allem zur Hilfe für die arbeitslose weibliche Jugend auf. Der Präsident der Hamburger Apothekerkammer, von Visenne, wandte sich energisch gegen die Personalpolitik der Hamburger Gesundheitsbehörde. MdB Frau Dr. Gröwel befaßte sich kritisch mit der Bonner Berichterstattung des Nordwestdeutschen Rundfunks.

Der zweite Tag des Parteikongresses wurde mit einer großen öffentlichen Kundgebung eingeleitet, in der Bundesarbeitsminister Storch zu den Gegenwartsfragen der Sozialpolitik Stellung nahm. Drei Fragen standen im Mittelpunkt seiner Betrachtungen: Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung einer würdigen Lebensgrundlage für die Kriegsbeschädigten und -geschädigten und die Regelung des Mitbestimmungsrechts. Die von hohem Verantwortungsbewußtsein getragenen Ausführungen bestärkten den Parteitag in der Ueberzeugung, daß die CDU in Bonn alles tun wird, um diese Probleme in gerechter Weise zu lösen.

Als nächster Redner behandelte Prof. Erhard Stand und Ziel der Bonner Wirtschaftspolitik. Der wenige Wochen zuvor vom Hamburger Parteitag der SPD geforderten Planwirtschaft stellte der Bundeswirtschaftsminister die nachhaltigen Erfolge der sozialen Marktwirtschaft gegenüber. Das Rad der Geschichte werde nicht mehr zurückgedreht, rief Dr. Erhard unter lebhafter Zustimmung aus. In der Ertötung des Kollektivs und in der Entfaltung der Persönlichkeit liege der große moralische und materielle Wert der neuen Wirtschaftspolitik. Ausführlich befaßte sich der Minister mit den Fragen der Kreditwirtschaft und mit den Problemen der europäischen Wirtschaftspolitik.

Erik Blumenfeld betonte in seinem Schlußwort, daß die Hamburger CDU sich für die Europapolitik des Bundeskanzlers einsetzen werde. Sie stimme dem Schumanplan vorbehaltlos zu und verurteile mit aller Entschiedenheit die Verschacherung deutschen Landes an Polen. Der Parteitag faßte seinen politischen Willen in folgender Entschließung zusammen:

Entschließung des Landesparteitages Hamburg der CDU vom 24./25. Juni 1950

„In dem Bewußtsein der weltweiten Stellung Hamburgs als Deutschlands größter Handels- und Hafenplatz begrüßt die CDU der Hansestadt Hamburg den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat.

Unabhängig von der Forderung auf Wiedervereinigung aller deutschen Gebiete wird die CDU Hamburg alle Maßnahmen unterstützen, die dazu führen können, ein großes europäisches Wirtschafts- und Währungsgebiet zu schaffen.

Die CDU Hamburg sieht in den Verhandlungen über den Schuman-Plan einen weiteren Schritt auf diesem Wege und ist der Ueberzeugung, daß nur durch eine größere Einheit und Ueberwindung des jahrhundertalten deutsch-französischen Gegensatzes das Fundament für den Frieden Europas gebaut werden kann. Der Weg zu Frieden und Wohlstand für die Völker Europas kann nur zum Ziele führen, wenn die Prinzipien der Liberalisierung des Handels

und Verkehrs weiterhin entwickelt werden und durch Abbau von Währungs- und Zollgrenzen die soziale Marktwirtschaft sich auch international voll entfalten kann. Nur auf diese Weise kann die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

Die CDU Hamburg fordert ein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung und erwartet, daß weiterhin an erster Stelle die Förderung des sozialen Wohnungsbaues steht. Sie verlangt, daß die Beschränkungen, die heute noch dem deutschen Schiffbau auferlegt sind, fallen und daß alle künstlichen Schranken, die dem traditionellen Transithandel im Wege stehen, abgebaut werden. Eine Vermehrung des Sozialproduktes ist wegen der zurzeit abgetrennten Gebiete und der größeren Bevölkerungsdichte ein Gebot der Selbsterhaltung. Voraussetzung ist, daß Unternehmer, Kapital und Arbeit durch neue Formen der Gesellschaftsordnung in Harmonie gebracht werden. Daher tritt auch die CDU Hamburg für ein Mitbestimmungsrecht ein, welches den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer entspricht, ohne die wirtschaftliche Initiative der Unternehmer zu behindern. Bei der Neuordnung der sozialen Einrichtungen sind alle kollektivistischen Tendenzen und diejenigen der Entpersönlichung abzulehnen und eine natürlich gegliederte, von den Sozialpartnern getragene Selbstverwaltung anzustreben.

C a Arbeitsgemeinschaft

Konferenz der Landesvorsitzenden vertagt

Die für den 3. Juli anberaumte Konferenz des Vorbereitenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden mußte, da ein großer Teil der Teilnahmeberechtigten am Erscheinen verhindert ist, erneut verschoben werden. Der vorläufige Erste Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, hat einen neuen Termin für die Zusammenarbeit noch nicht bestimmt.

A V e Niedersachsen

Ausschluß Dr. Gerekes

Nach Abschluß der Verhandlungen in der Sache Dr. Gereke hat das Ehrengericht der CDU am 29. Juni folgende Entscheidung verkündet:

„Dr. Günther Gereke wird wegen Mißachtung grundsätzlicher Beschlüsse des CDU-Zonenausschusses und schwerer Schädigung des Ansehens der Partei aus der CDU ausgeschlossen.“

Das Zonen-Ehrengericht tagte unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Helmut von Almsick, Essen. Ihm gehörten ferner an: Oberpräsident a. D. Dr. Robert Lehr und Rechtsanwalt Dr. Gerhard Schröder, Düsseldorf.

Der Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Hannover, Assessor Gerhard Fitzner, ist wegen seiner Teilnahme an der Tagung des Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Land- und Forstwirtschaft in Eisenach vorläufig von seinem Amt in der CDU suspendiert worden. Gegen Fitzner wurde ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Oberkirchenrat Adolf Cillien, erklärte am 28. Juni in Hannover, es bleibe Ministerpräsident Kopf vorbehalten, den Posten des Landwirtschaftsministers für Niedersachsen neu zu besetzen. Die CDU beabsichtige nicht, ihn in seiner Wahl zu beeinflussen. Die CDU-Fraktion werde sich auch erst am kommenden Montag mit diesem Thema beschäftigen.

A V f Nordrhein-Westfalen

Koalitionsproblem Nordrhein-Westfalen

Mit der Frage der Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen befaßte sich am 25. Juni der Vorstand der Sozialausschüsse der CDU/CSU in Königswinter. In der Aussprache kam überwiegend die Auffassung zum Ausdruck, daß man im gegenwärtigen Augenblick feste Entscheidungen hinsichtlich der künftigen Regierung nicht treffen könne. In der Verlautbarung heißt es:

„Der Vorstand gab seiner großen Genugtuung Ausdruck, daß sich die christlich-demokratische Arbeiterschaft in beispielhafter Weise zu ihren Traditionen bekannt und den christlichen Demokraten ihre Stimme gegeben hat. Sie erwartet deshalb, daß die christlichen Demokraten erst recht einer Politik verpflichtet bleiben, die den Bedürfnissen der breiten Schichten unseres verarmten Volkes Rechnung trägt.“

Der geschäftsführende Vorstand der CDU des Landesverbandes Rheinland befaßte sich am 27. Juni gleichfalls mit dem Koalitionsproblem. Am Nachmittag traten die Vorstände der beiden Landesverbände zu gemeinsamen Beratungen zusammen, an denen auch der Bundeskanzler teilnahm.

In der Schulfrage steht die CDU Hamburg auf dem Boden des Elternrechts. Sie ist sich bewußt, daß nur die christlichen Grundsätze ein Leben in Freiheit und Würde sichern und wehrt sich auf das entschiedenste gegen jede geistige Nivellierung.

Die Teilnahme der Frau am politischen Leben ist unersetzlich. Daher richtet der Parteitag der CDU Hamburg an die Hamburger Frauen den Appell, sich an der politischen Arbeit mehr als bisher zu beteiligen.

Als Akt sozialer Gerechtigkeit und moralischer Pflicht erwartet die CDU Hamburg die gerechte Entschädigung aller Kriegsgeschädigten, insbesondere der Ostvertriebenen, der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, Währungs- und Fliegergeschädigten durch beschleunigte Verabschiedung eines Kriegsbeschädigtengesetzes und des Lastenausgleichs unter äußerster Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten. Die CDU Hamburg wünscht, daß die Ansprüche der vertriebenen Beamten, ebenso wie die der Wehrmachtangehörigen und Wehrmachtsbeamten in gerechter Weise erfüllt werden.

Die CDU Hamburg fordert die sofortige Freilassung unserer noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und Internierten und erblickt in der Behandlung dieser Frage einen entscheidenden Maßstab, der für eine Zusammenarbeit zwischen den Völkern Geltung haben kann.“

C b Landesparteien

Landesausschuß Nordbaden

Der Landesausschuß der nordbadischen CDU wurde für den 8./9. Juli zu einer politisch bedeutsamen Sitzung nach Mosbach einberufen. Zur Beratung stehen u. a. die Stellungnahme des Landesverbandes zum Statut der CDU Deutschlands und eine abschließende Erklärung der nordbadischen CDU zur Volksabstimmung über die Länderneueinordnung in Südwestdeutschland. Vorgesehen ist ferner die Neugründung des Kommunalpolitischen Landesausschusses und eine Beschlußfassung über die Gründung eines Beamtenausschusses und dessen Eingliederung in die Vereinigten Beamtenausschüsse der CDU/CSU. Die umfangreiche Tagesordnung sieht außerdem einen Organisationsbericht der Partei im Hinblick auf die kommenden Wahlen, ein Referat über die Praxis der Wohnungsbaufinanzierung sowie Kurzreferate zur Steuer- und Außenpolitik der Bundesregierung vor.

C b Landesparteien

Landesparteitag Nord-Württemberg

In Ergänzung unseres Berichtes über den Landesparteitag der CDU Nord-Württemberg (vergl. Nr. 48 vom 24. Juni 1950) tragen wir hier die beiden Entschlüsse nach, die der Landesparteitag gefaßt hat:

Entschluß zum Europarat

„Die Landesversammlung der CDU Nordwürttembergs in Stuttgart drückt ihre Freude über die gesundheitliche Wiederherstellung des Bundeskanzlers aus und sendet ihm herzlichste Glückwünsche für den außenpolitischen Erfolg des deutschen Beitritts zum Europarat.“

Entschluß zur Landespolitik

„Die Landesversammlung der CDU billigt und unterstützt das Eintreten der Landtagsfraktion für eine sparsame und leistungsfähige Verwaltung. Sie ersucht aber gleichzeitig die Fraktion, wie seither, so auch in Zukunft einzutreten für die Beibehaltung des Landwirtschaftsministeriums auf der Landesebene. Sie fordert die Erhaltung dieses Ministeriums aber auch, weil die Sorge für die Erhaltung und Stärkung unseres schwäbischen Bauerntums eine der wichtigsten Aufgaben ist, die dieses Ministerium zu lösen hat. Existenzfragen des Bauerntums sind Existenzfragen unseres Volkes. Erhaltung und Stärkung unseres Bauerntums sind ein vordringliches Anliegen und eine entscheidend wichtige politische Aufgabe der CDU.“

Der nordbadische Landesverband hatte eine Delegation zum Stuttgarter Parteitag entsandt. Ihr Sprecher, Kreisvorsitzender Dr. Gurk, Karlsruhe, brachte in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck, daß die Einheit der Partei in allen grundsätzlichen und wesentlichen Fragen über allem stehen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Südweststaatsfrage sekundärer Art und deshalb muß auch die nordbadische CDU aus den geschichtlichen Gegebenheiten heraus neutral bleiben.

A V n Landtagswahlen

So wurde in Bonn gewählt

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni wurden die Stimmen der Männer und Frauen in Bonn getrennt gezählt. Es erhielten die CDU 9538 männliche und 15 323 weibliche Stimmen, die FDP 4731 männliche und 5146 weibliche und die SPD 4040 männliche und 3402 weibliche Stimmen. Für das Zentrum entschieden sich 629 Männer und 862 Frauen, für die DP 765 Männer und 723 Frauen und für die KPD 747 Männer und 436 Frauen. Die Radikalsocialistische Freiheitspartei erhielt 200 männliche und 246 weibliche Stimmen.

The following table shows the results of the election for the Executive Committee of the Union in Berlin, 1918. The results are given in the following table:

The following table shows the results of the election for the Executive Committee of the Union in Berlin, 1918. The results are given in the following table:

o 12/1 Dr. Gg. Strickrodt, Luerstr. 40